



9 B. Eingereichtes Postulat der SP/GL-Fraktion vom 27. November 2017: Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Langenthal

Postulatstext:

"Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Langenthal

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

- *wo und wie in der Verwaltung und den gemeindenahen und subventionierten Betrieben zusätzliche Stellen für Personen aus der Sozialhilfe geschaffen werden könnten,*
- *wie viele Stellen das sein könnten,*
- *welche Kosten dadurch entstehen z.B. durch Begleitung und Betreuung der Klient/innen, Qualifizierungsmassnahmen, Unterstützung der Arbeitgebenden usw. und*
- *welche Kosten in der Sozialhilfe dadurch gespart werden können.*

Begründung: Zurzeit wird im Kanton Bern die Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG) diskutiert. Geplant sind Kürzungen der finanziellen Unterstützung von Bedürftigen. Der Kanton Bern soll nach dem Willen gewisser Politiker und Politikerinnen von den schweizweit anerkannten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abweichen und diese je nach Klientengruppe um bis zu 30% unterschreiten.

Dagegen wehren sich u.a. Fachorganisationen aber auch verschiedene Städte und Gemeinden. An einer gemeinsamen Medienkonferenz vom 29. Juni 2017 haben sich die Gemeinden Bern, Biel, Langenthal, Ostermundigen und Burgdorf gegen Kürzungen in der Sozialhilfe ausgesprochen und Alternativmassnahmen vorgeschlagen, wie die Kosten in der Sozialhilfe optimiert werden können. Im Zentrum der Vorschläge steht ein Aktionsplan für die berufliche Eingliederung von Personen aus der Sozialhilfe, der sogenannte «Masterplan Arbeitsintegration». Dieser setzt sich die Schaffung von 600 bis 1'000 zusätzlichen Stellen im Kanton Bern für Sozialhilfebeziehende zum Ziel. Je die Hälfte dieser zusätzlichen Arbeitsplätze sollen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor realisiert werden. Nach Auffassung der Gemeinderäte der erwähnten Städte und Gemeinden ist es sozialpolitisch bedeutend sinnvoller, gezielt in die Arbeitsintegration zu investieren anstatt einfach Leistungen zu kürzen. Die SP/GL Fraktion teilt diese Ansicht vollumfänglich.

Im ihrem Grundlagenpapier «Alternativvorschläge für die Optimierung der Sozialhilfekosten im Kanton Bern» vom 29. Juni 2017 verpflichten sich Bern, Burgdorf, Langenthal und Ostermundigen, «in ihren Verwaltungen und bei gemeindenahen und subventionierten Betrieben zusätzliche Stellen für Personen aus der Sozialhilfe bereitzustellen» (S. 13).

Die SP/GL Fraktion ist überzeugt, dass dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Die Stadt Langenthal soll hierbei eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernehmen und ihr Versprechen einlösen."

SP/GL-Fraktion

(Unterzeichnender: Roland Loser [SP/GL])

Die Behandlung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 27. November 2017

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-